

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2508-2507

Die Parteiführer beim Reichspräsidenten.

Das Neueste: Bürgerblock von hinten her.

Der Reichspräsident empfing heute um 9 1/2 Uhr vormittags den bisherigen Reichspräsidenten Wallat. Es folgten dann die Empfänge der Parteiführer in Reihenfolge der Fraktionsstärke: Hermann Müller für die Sozialdemokratie, Winkler für die Deutschnationalen, Fehrenbach für das Zentrum.

In der Aussprache mit dem Reichspräsidenten erklärte Genosse Hermann Müller, daß nach Auffassung der Sozialdemokratischen Partei das Ergebnis der Wahl die Fortführung der Außenpolitik des Kabinetts Marx erfordere und daß die Sozialdemokratische Partei bereit sei, das Kabinett Marx zu unterstützen, weil die Garantie für die Fortführung dieser Politik so am besten gewährleistet wäre. Nach Auffassung der Sozialdemokratischen Partei würde es im übrigen keineswegs dem parlamentarischen System entsprechen, daß stets die stärkste Partei mit dem Veruche der Regierungsbildung beauftragt würde, sondern es käme vielmehr darauf an, in einem arbeitsfähigen Parlament die Führung der Geschäfte im Sinne der Auffassung der Mehrheit des deutschen Volkes zu sichern.

Reichsaußenminister Stresemann kehrt erst morgen nach Berlin zurück. Wie die Rechtspresse behauptet, beabsichtigt er, dem Reichspräsidenten eine sogenannte „überparteiliche Persönlichkeit“ zum Reichskanzler vorzuschlagen, die bereits gefunden sei. Ueber die Person des Geforenen bewahrt die Rechtspresse Schweigen.

Die Regierung Marx ist durch das Vorgehen der Volkspartei zur Demission gezwungen worden. Jetzt spricht die volksparteiliche „Zeit“ ihr Bedauern darüber aus, daß der Rücktritt schon jetzt erfolgt ist. Man hätte damit lieber bis kurz vor dem Zusammentritt des Reichstags warten sollen.

Das ist die Stimme der Verlegenheit und des schlechten Gewissens. Die Volkspartei hat in bodenlos leichtsinniger, die Interessen der Nation schwer schädigender Weise die Grundgedanken der bestehenden Regierung zerrüttet, ohne etwas Neues an ihre Stelle setzen zu können. Jetzt beginnt sie sich auf andere auszureizen und zu jammern, man hätte es mit dem Rücktritt gar nicht so eilig haben müssen.

Ganz anderer Meinung ist ihr Bruderblatt im Bürgerblock, der Hugenbergsche „Tag“. Der fällt mit wütenden Beschimpfungen über die zurückgetretene Regierung her. Als Regierung der Mitte sei sie eine Regierung der Impotenz gewesen. Man habe die politische Feigheit zum System erhoben, und Träger dieses Systems sei Marx gewesen. Dagegen sei „das Regierungsschwert der Rechten ohne Scharie“.

Die Verteidigung der bisherigen Regierungspolitik gegen diese ungeheuerlichen Beschimpfungen ist nicht unsere Sache. Nicht wir haben die verfassungsmäßige Verantwortung für sie mitgetragen, sondern die Volkspartei und Herr Stresemann. Mögen sie sich also äußern und uns bei dieser Gelegenheit auch verraten, wie sich das Verhalten der

deutschnationalen Presse mit ihrer Behauptung verhält, die Deutschnationalen seien die bisherige Regierungspolitik — der „Feigheit“ und „Impotenz“ — fortzuführen bereit.

In diesem Zusammenhang ist es übrigens nicht uninteressant festzustellen, daß die deutschnationale Presse neuerdings durch Ernennung einer „überparteilichen Persönlichkeit“ zum Reichskanzler den Bürgerblock, den sie auf geradem Weg nicht kriegen kann, von hinten herum zu erreichen versucht. Von einem offenen deutschnationalen Reichskanzler ist keine Rede mehr.

Feigheit und Impotenz? In der „Germania“ schreibt Abg. Dr. Schwering-Köln, das besetzte Gebiet erwarde, daß nichts geschehe, was die Befreiung erschweren könnte. Unter keinen anderen Gesichtspunkten dürfe die Regierungsbildung vollzogen werden. Die Rolle der Deutschnationalen im besetzten Gebiet sei verschwindend, die des Zentrums und der Sozialdemokratie herrschend. „Wenn wirklich große politische Gesichtspunkte und nicht der Parteioigismus in Deutschland maßgebend wären, so wäre die Regierungsbildung gerade mit Rücksicht auf das besetzte Gebiet und seine Befreiung ein Rinderpiel!“

Zugleich meldet sich in der „Kreuzzeitung“ einer der „Verschwindenden“, d. h. ein rheinischer Deutschnationaler, zum Wort. Er setzt in der Absicht der deutschen Linen, mit England und Frankreich in der Räumungsfrage ein Kompromiß zu schließen, das die Befreiung der Kölner Zone um einige Wochen verlängert, die der Ruhr um einige Wochen abkürzt, den Beweis „einer geradezu sträflich leichtsinnigen Beurteilung“. Mit welchen Machtmitteln die deutschnationale Politik der wiederhergestellten englisch-französischen Einheitsfront entgegenzutreten will, verrät der Verfasser vorzichtigerweise nicht.

Die Deutschnationalen waren schon einmal drauf und dran, das besetzte Gebiet zu verpielen, die Rettung ist dann durch die Sozialdemokratie und die Mitte vollzogen worden. Es ist für sie also schon ein beliebiger Sport, das besetzte Gebiet ins Wasser zu werfen, damit andere es wieder herausholen können, und diese anderen dann dafür noch als „feig“ und „impotent“ zu beschimpfen.

Fraktionssitzungen der Demokraten und Deutschnationalen.

Die demokratische Reichstagsfraktion trat heute vormittags 11 Uhr zu ihrer konstituierenden Sitzung und zur Besprechung der politischen Lage zusammen. Die Fraktion wird voraussichtlich bis in die Nachmittagsstunden tagen. Um 1/2 12 Uhr begann die Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion, auf deren Tagesordnung gleichfalls die allgemeine Aussprache über die politische Lage steht. Die Fraktion wird sich voraussichtlich erst morgen konstituieren.

Zollermäßigungen mit Deutschösterreich.

Am 1. Januar 1925 tritt der neue deutsch-österreichische Zolltarif in Kraft, der auch die Einfuhrzölle für wichtige deutsche Exportwaren bedeutend erhöht. Durch ein österreichisch-deutsches Abkommen vom 12. Juli d. J. wurde vereinbart, daß trotz dieses Zolltarifs im Verkehr zwischen Deutschösterreich und Deutschland für gewisse Erzeugnisse niedrigere Tariffätze angewendet werden. Infolge der Auflösung des Reichstags konnte dieser Zusatzvertrag noch nicht ratifiziert werden. Die Erhebung der hohen Zollsätze auf deutsche Waren an der deutsch-österreichischen Grenze würde aber den deutschen Export sowohl nach Deutschösterreich wie nach dem Balkan, der von Wien aus vermittelt wird, schwer schädigen und könnte zu Stilllegungen und Arbeitslosenlosungen in Deutschland führen. Aus diesem Grunde hat auf Vorschlag des Reichskabinetts der Reichspräsident eine Verordnung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen, wodurch das Zusatzabkommen vom 12. Juli vorläufig und bis zur Ratifizierung durch den Reichstag in Kraft gesetzt wird. Ein entsprechendes Vorgehen leitet auch Deutschösterreich ein, so daß die drohende Zoll-erhöhung abgewendet erscheint.

Die Debatte im Unterhaus.

Vorstoß der Opposition gegen die Regierung.

London 16. Dezember. (WLB.) Im weiteren Verlauf seiner Rede richtigerliche Chamberlain die Verwerfung des englisch-russischen Handelsabkommens durch die konservative Regierung und erklärte, der Handel hänge vom Kredit und Borgelb ab und in beiden Beziehungen habe die Sowjetregierung nichts zu bieten. Es sei zudem sehr zweifelhaft, ob das vorliegende Handelsabkommen, das das kommunistische System innerlich zusammenbräche, daß die Privatunternehmen wieder anfangen und daß private Bäden wieder eröffnet werden dürften, den Tatsachen entspreche. Es sei absurd, anzunehmen, daß unter den gegenwärtigen Umständen ein umfangreicher Handel möglich sei. Für die bestehenden Möglichkeiten sei er reiches das Handelsabkommen vollkommen aus. Er wisse nicht, ob es möglich sein würde, die Verhandlungen mit Sowjetrußland wieder aufzunehmen. Er glaube nicht, daß die gegenwärtige Zeitlage hierfür geeignet sei, da freundschaftliche Beziehungen auf gegenseitiger Achtung vor den innenpolitischen Angelegenheiten fußten.

MacDonald sagte, der Völkerbund wünsche nicht, in Ägypten zu intervenieren, aber wenn er erlaubt werden würde, der britischen Regierung bei der Regelung zu helfen, so würde er eine stützende Taten vollbringen. Als MacDonald auf den Sowjetbrief zu sprechen kam, griff Chamberlain ein mit der Bemerkung, die Regierung habe die Information, daß der Brief von der kommunistischen Partei Englands empfangen und vernichtet worden sei. MacDonald fuhr fort, er sei weder von der Wahrheit noch von der Unwahrheit des Briefes überzeugt. Die Haltung der Regierung in der Frage der russischen Verträge sei beklagenswert. Die Regierung solle darauf achten, daß ihr nicht andere europäische Länder zuvor kämen und ihr die Tür vor der Nase zuschlagen.

Kapitan Duff-Copper führte aus, die ägyptische Frage müsse von Großbritannien allein geregelt werden. Dies werde hoffentlich in möglichst liberaler Weise geschehen.

Fisher fragte, ob die Regierung beabsichtige, den Handelsvertrag mit Rußland beizubehalten. Chamberlain erwiderte, wenn er nicht irre, enthalte die Thronrede einen Passus, daß aller unter den gegenwärtigen Umständen möglicher Handel getrieben werden sollte. Fisher kritisierte hierauf das Ultimatum an Ägypten.

Bonsonby (Arbeiterpartei) brachte dann einen Antrag ein, in dem das Bedauern über die Politik der Regierung gegenüber Ägypten und Rußland ausgesprochen wird, er führte in Begründung seines Antrags aus, er bedauere den Anteil nicht, den er als früherer Unterstaatssekretär des Außenamts an den Verhandlungen über die russischen Verträge gehabt habe. Chamberlain werde sich durch die Umstände selbst getrieben sehen, über einen anderen Handelsvertrag zu verhandeln, der sich sehr eng an die von dem Arbeiterkabinett abgeschlossenen Verträge halten werde, wenn er auch zweifellos das Wort „Vertrag“ oder „Anleihe“ nicht erwähnen, sondern ihn eine Handelskonvention nennen würde. (Heiterkeit.) Bonsonby lehrte, daß der Punkt über die Anleihe infolge des Druckes eines Teils der Arbeiterpartei aufgenommen wurde.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Arbeiterpartei mit 363 gegen 132 Stimmen abgelehnt.

Die Lage in Marokko.

Paris, 16. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der „Matin“ veröffentlicht heute einen längeren Bericht über die Lage in Marokko, von dem anzunehmen ist, daß er offiziellen Charakter trägt. In ihm heißt es u. a., daß die juristischen Sachverständigen der englischen, französischen und spanischen Regierung sich schon in den allerersten Tagen mit der Entmischung in Marokko befaßt haben. Wörtlich heißt es dann: „Vorläufig denkt die französische Regierung an keine militärische Initiative. Bedeutsam im Falle einer solchen Zuspitzung der Lage würde eine direkte Aktion in Frage kommen. Es scheint, daß die Gegner der spanischen Truppe keine Offensivpläne gegen Frankreich haben und im Gegenteil bemüht sind, gute Beziehungen aufrechtzuerhalten. Immerhin sind Maßnahmen getroffen. Die Regierung steht in Fühlung mit Madrid. Es hat in Taza neun Bataillone zusammengezogen.“

Der Schrei nach dem Recht.

Jagow und Fehrenbach.

Der Hochverräter Traugott v. Jagow ist begnadigt. Er wurde wegen seiner Beteiligung am Kapp-Putsch zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt. Von diesen fünf Jahren hat er drei Jahre verbüßt. Drei Jahre Festungshaft — das ist also die höchste Strafe, die für Teilnahme am Kapp-Putsch erduldet werden mußte. Drei Jahre Festungshaft für Herrn v. Jagow. Kapp starb, Ehrhardt hat sich der Aburteilung durch die Flucht entzogen, durch eine Flucht, die nichts weniger denn rühmlich war, und Herrn Ludendorff ließ das Gericht frei gehen. Drei Jahre Festungshaft — man vergleiche damit die Strafen, die gegen die Führer und Teilnehmer des Münchener Räterputsches ausgeworfen wurden. Ernst Toller hat seine fünf Jahre Festungshaft bis auf den letzten Tag verbüßt, seine Gefährten von Niederschönenfeld haben noch weitere fünf und zehn Jahre der Gefangenschaft vor sich. Aber Herr v. Jagow ist begnadigt worden, und die deutschnationale Presse bestet die Dreifaltigkeit, die Forderung aufzustellen, daß der Stechbrief und die Vermögensbeschlagnahme gegen den Kapitän Ehrhardt aufgehoben werden soll, der nicht nur ein Hochverräter ist, sondern sich auch gemeiner Vergehen schuldig gemacht hat, die von ehrloser Gefinnung zeugen. Der einzige abgeurteilte Hochverräter aus dem Kapp-Putsch ist begnadigt, Kapitän Ehrhardt kann sich in Bayern frei bewegen, ohne daß er verhaftet und der Aburteilung zugeführt wird.

Aber trotzdem bleiben die Kapp-Verbrecher Hochverräter. Ihr Treiben im Frühjahr 1920 war ein Verrat an Volk und Vaterland. Dennoch sieht die deutschnationale Presse, dieselbe Presse, die den Reichspräsidenten als Landesverräter beschimpfte und die gesamte Sozialdemokratische Partei des Landesverrats bezichtigen möchte, in diesen Männern nationale Helden. Auf der einen Seite der Versuch, Gefinnung und politische Haltung des Reichspräsidenten in der Kriegszeit zu verdächtigen, auf der anderen Seite die offene Sympathie mit abgeurteilten und flüchtigen Hochverrättern.

Herr v. Jagow ist begnadigt, nachdem er drei Jahre Festungshaft abgeübt hat. Ein Gnadenakt des Reichspräsidenten hat ihm die zwei Jahre Festungshaft erlassen, die er noch zu verbüßen hat. Auf die Begnadigung des Herrn v. Jagow ist von seinen Freunden, sowie vom Reichsjustizministerium, das sich des Kapp-Verbrechers besonders angenommen hat, immer wieder gedrängt worden. Nachdem zwei Drittel der Strafe des Herrn v. Jagow verbüßt waren, konnte sich der Reichspräsident der Anwendung der allgemeinen Regel nicht mehr entziehen, nach der bei politischen Vergehen die Begnadigung eintritt, sobald zwei Drittel der Strafe verbüßt hat. Diese generelle Regel findet Anwendung auf Putschisten von rechts, wie auf Putschisten von links. Es ist nicht die Schuld des Reichspräsidenten, daß die formell gleichmäßige Anwendung dieser Regel als Ungerechtigkeit erscheinen muß. Es ist ein anderes, ob ein Rechtsputschist, der zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt worden ist, nach dreijähriger Haft die Festung verläßt, oder ob ein Linksputschist, der mit zwölf Jahren Zuchthaus bestraft wurde, acht lange Jahre im Zuchthaus erdulden muß. Die Schuld an dieser offensichtlichen Ungerechtigkeit trifft nicht den, der die formelle Regel für die Begnadigung anwendet, sie trifft vielmehr die Gerichte, die als höchste Strafe gegen einen Kapp-Verbrecher fünf Jahre Festungshaft auswarfen, zugleich aber Linksputschisten mit drakonisch harten Festungs- und Zuchthausstrafen trafen. Die Ungleichmäßigkeit und Ungerechtigkeit der deutschen politischen Justiz kann durch eine formell gleichmäßige Begnadigungspraxis nicht ausgeglichen werden.

Unter den Gründen, die halbamtslich für die Begnadigung des Herrn v. Jagow angeführt werden, befindet sich der Hinweis darauf, daß die Reichsregierung durch das Abkommen mit Frankreich gezwungen worden sei, auch die in Strafhafte befindlichen Separatisten zu begnadigen, die sich in denkbar schwerster Weise und oft aus gemeinen Motiven politisch gegen das Reichsinteresse vergangen hätten. Wenn dieser Gesichtspunkt bei der Begnadigung des Herrn v. Jagow maßgebend war, dann muß er fast restlos auf alle Personen Anwendung finden, die sich wegen politischer Vergehen in Deutschland noch in Strafhafte befinden. Wollte man Herrn v. Jagow gegenüber den Separatisten allein die Ehrenhaftigkeit seiner Motive zugestehen, der Masse der politischen Strafgefangenen aber nicht, so wäre das nicht nur eine Ungerechtigkeit, sondern zugleich eine Beschimpfung der politischen Strafgefangenen, die noch nicht begnadigt sind.

Die Begnadigung des Herrn v. Jagow wird der Anlaß sein, daß die Frage der Amnestierung der politischen Strafgefangenen, der Wiedergutmachung der durch die deutsche politische Justiz begangenen Ungerechtigkeiten erneut aufge- rollt wird.

Herr v. Jagow ist nach drei Jahren Festungshaft begnadigt. Und Fehrenbach? Die Wiedergutmachung des Fehrenbach zugefügten Unrechtes ist nicht Sache des Reichspräsidenten, sondern der bayerischen Regierung. Der Reichspräsident hat dem Kapp-Verbrecher Jagow gegenüber Objektivität bewiesen. Die Hoffnungen, daß die bayerische Regierung Fehrenbach gegenüber, der das Opfer eines Tendenzurteils schlimmster Art ist, gleiche Objektivität beweisen würde, sind gering. Der Reichspräsident kann das Fehrenbach zugefügte Unrecht nicht wieder gut machen. Die Begnadigung von Fehrenbach liegt außerhalb seiner Kompetenz. Und dennoch wird jeder rechthch Denkende in Deutschland es als eine

schreiende Ungerechtigkeit empfinden, daß Fischenbach viele Jahre lang zu Unrecht verhängte Zuchthausstrafe verurtheilt soll, während Herr v. Jagow nach dreijähriger Festungshaft begnadigt wird, und der Hochverräter und gemeine Verbrecher Eberhard in demselben Bapern sich frei bewegen kann, das Fischenbach auf viele Jahre ins Zuchthaus warf.

In diesem Gegensatz liegt eine Beleidigung des Rechtsempfindens, wie sie stärker kaum gedacht werden kann. Für die Wiedergutmachung des Fischenbach zugefügten Unrechtes haben sich namhafte Männer des deutschen Reichstages aus allen Parteien mit besten Kräften eingesetzt. Wir erinnern nur an die Stellungnahme von Herrn Spahn, dem greisen Führer des Zentrums. Der Schrei nach dem Recht aus allen Parteien hat die bayerische Regierung nicht berührt. Sie hat nicht nur ihr Ohr vor dem allgemeinen Ruf nach Gerechtigkeit verschlossen, sie hat vielmehr alles getan, um eine Wiederaufrollung des Fischenbach-Prozesses zu verhindern. Sie hat damals, als der Rechtsausschuß des Reichstages den Fall Fischenbach untersuchte und das Parlament nahe daran war, durch Beschlußfassung im Mienum dem beleidigten Recht im Fall Fischenbach zum Siege zu verhelfen, durch falsche Versprechungen und Zusicherungen eine Beschlußfassung hintertrieben. Sie hat durch ihren Gesandten v. Freger das Reichsparlament über ihre wahren Absichten im Falle Fischenbach hinweggetäuscht.

Die Rapp-Verbrecher sind frei, aber Fischenbach schmachtet im Zuchthaus! Auf den Rapp-Verbrecher Jagow ist die Gnade des Reichspräsidenten angewandt worden, für Fischenbach fordern wir von der bayerischen Regierung Gerechtigkeit. Wenn die bayerische Regierung weiter wie bisher sich dem Schrei nach dem Recht verschließt, so wird der Fall Fischenbach erneut mit allem Nachdruck und mit allem Ernst im Deutschen Reichstag aufgerollt werden müssen. Der heutige Zustand ist unerträglich für jedes Rechtsempfinden. Wenn Deutschland Anspruch darauf erhebt, ein Rechtsstaat zu sein, so darf Fischenbach nicht länger im Zuchthaus schmachten, während die Rapp-Verbrecher frei ausgehen.

Die Motive der Begnadigung Jagows.

Von zuständiger Stelle wird erklärt, daß die Begnadigung v. Jagows kein besonderer Ausnahmefall sei, sondern der Uebung und den Grundsätzen entspreche, die der Reichspräsident bei Begnadigungen befolgt. Maßgebend für die Begnadigung waren folgende Gesichtspunkte:

1. entspricht es der ständigen Praxis, Freiheitsstrafen wegen politischer Vergehen nach Verbüßung ihres größten Theiles zu erlassen, wenn die Betroffenen sich ordentlich geführt haben, und wenn Gesundheits-, Familienverhältnisse oder dergleichen dafür sprechen. So sind z. B. auch die Schuldigen des Kommunistenaufstandes in Mitteldeutschland nach Verbüßung von etwa zwei Dritteln ihrer Strafe, wenn die obigen Voraussetzungen gegeben waren, vom Reichspräsidenten begnadigt worden;

2. ist die Reichsregierung durch das Abkommen mit Frankreich gezwungen worden, auch die in Strafkraft befindlichen Separatisten zu begnadigen, die sich in denkbar schwerster Weise und oft aus gemeinen Motiven politisch gegen das Reichsvorrecht vergangen hatten, ein Umstand, auf den die Verwandten Jagows bei ihren Gesandengesuchen besonders hingewiesen haben;

3. die dreijährige Haft hat Herrn v. Jagow an seiner Gesundheit geschädigt und bei dieser Schläge, da von den fünf Jahren drei verbüßt sind, hat der Reichspräsident dem Begnadigungsantrag des Reichsjustizministeriums, der vom Oberreichsanwalt befürwortet war, stattgegeben.

Was die Forderung nach Begnadigung Fischenbachs betrifft, so erklärt man, daß Fischenbach von einem bayerischen Gericht verurteilt sei, siehe das Gnadenrecht nicht dem Reichspräsidenten, sondern der bayerischen Regierung zu.

Der unerwünschte Hülfer. Der verstümmelte „Trommler“ hat bei der Bundesanwaltschaft das schweizerische Asylrecht nachgesucht. Die Bundesanwaltschaft verhielt sich bisher ablehnend.

Das höchste Recht.

Von Biparit Kasariang.

Das Beiß(?) auf der Schulter, den Reschül(?) in der Hand betrat eines Tages ein einfacher Dermisch die Stadt.

Als er an das Haus des Rudjahid(?) kam, hob er einen großen Stein vom Straßenpflaster auf und warf das Fenster in Scherben.

Woll Hut sprang der Rudjahid aus dem Hause und herrschte den Dermisch an:

„Bist du von Sinnen? Worum warfst du mir das Fenster ein?“

„Das war ich nicht,“ antwortete der Dermisch gelassen.

„Du sagst, du Schwindler! Mit eigenen Augen sah ich es.“

Der Dermisch starrte den Rudjahid an, ohne ein Wort zu sagen. Und dieser schlug die Augen nieder und zog sich ins Haus zurück.

Der Dermisch wanderte weiter. Und als er an dem Hause eines reichen Bürgers war, zog er aus der Tasche Feuerstein und Stahl, klopfte den Zunder an und hielt ihn an den Heuschaber, der an der Wand emporglitt.

Im Nu flamme das trockene Heu auf, und eine Weile später leckte die furchtbare Raube hinauf bis zum Dach des Palastes.

„Warum zündest du mein Haus an?“ heulte der Reiche, der entsetzt heraufgestürzt kam.

Der Dermisch sagte nichts, bannete ihn nur mit seinen Blicken. Und der Reiche bejahte seinen Zorn und schlich mit hängendem Kopf zu seinem brennenden Palast.

Aber das Geräusch von diesen Streichen war inzwischen dem Richter zu Ohren gekommen, und dieser ließ den Dermisch vor sich führen.

Der Richter thronte auf seinem Sessel oben auf der Estrade, und vor ihm auf dem breiten Platz wimmelte eine Menge Volkes.

Gemeinlichen Schrittes stieg der Dermisch auf die Estrade, trat an den Richter heran und spie ihm ins Antlitz.

Gleich einem rasenden Tiger sprang der Richter auf und brüllte: „Gemeiner Schuft! Ich lasse dich logisch in Stücke reißen.“

Der Dermisch richtete sich nicht von dem Fleck, bohrte ihm nur seine gehämmerten Augen in die Augen, und der Richter sank wie vom Blitz getroffen auf der Stelle, wo er stand, hin.

Da wandte sich der Dermisch zum Volk und sprach also:

„Ich bin kein Räuber, noch ein Brandstifter, ein Freoler. Seit Jahren ist es mein Lebensziel, einen Menschen zu finden, der sich aufrichtig enträufen darf. Aber bis jetzt war all mein Suchen ver-

Der Riß in der Kommunistischen Partei.

Wie unbecueme Wahrheiten unterdrückt werden.

Die Kommunistische Partei macht jetzt im Anschluß an die gewaltige Beseitigung Trojki eine Periode schwerer innerer Wirren durch. Nicht nur in Rußland, auch in den kommunistischen Parteien der anderen Länder gehen die einzelnen Gruppen und Strömungen mit den beständigen Vorwürfen gegeneinander los. Auch in der KPD. tobt ein müster innerer Kampf. Ein hochsitzlicher Kritiker in der heutigen „Roten Fahne“ gewährt einen interessanten Einblick in diese Auseinandersetzungen. Die herrschende „bolschewistische“ Gruppe Scholem-Rah-Ruth Fischer stürmt wie besessen gegen die Gruppe Brandler-Thalheimer vor, die wegen ihrer „rechten Abweichungen“ bekanntlich in Licht und Bann getan worden ist. Kürzlich hat diese Gruppe versucht, sich durch eine Deklaration gegen Trojki bei der Moskauer Zentrale in angenehme Erinnerung zu bringen. Gegen diese Gefahr, die mit allerhand Ueberraschungen droht, wendet sich nun in der beständigen Weise die „Rote Fahne“. Sie bezeichnet die Erklärung Brandler-Thalheimers als einen „plumpen und verlogenen Versuch, sich der Exekutive der Komintern wieder anzubiedern“ und führt eine Anzahl von Erklärungen Brandlers und Thalheimers zur russischen Frage an, um „die ganze Verlogenheit und die Hintergründe dieses erbärmlichen fraktionellen Wanders aufzuzeigen“. Nach den Angaben der „Roten Fahne“ hat Brandler im Januar d. J. nach der Rückkehr der Delegierten der KPD. aus Moskau ein Referat gehalten, in dem er zu der russischen Frage u. a. bemerkte:

„Es ist richtig, man kann sich die Bundesgenossen nicht auswählen, und dann kommen Dinge, denkt sie konsequent zu Ende, für die Internationale, für die russische Partei. Die russische Partei macht jetzt auch eine schwere Krise durch, und ich erlaube mir jetzt eine schwere Kezerei. Als Kadel nach Moskau kam, lagen zustimmende Erklärungen von Sinowjew zu Kadel's Darstellung der deutschen Frage vor. Und erst, als Kadel mit Trojki ging, wurden das die rechten Tendenzen in der KPD., die er verkörpert, und sie wurden in Verbindung gebracht mit dem Opportunismus in der deutschen Partei und in der Internationale. Ich sehe hier eine gefährliche Tendenz. Ich fühle mich in der Gesellschaft Kadel's und Trojki immer noch wohler als in der Gesellschaft von Ruth Fischer und Kaslow und Sinowjew.“

Zur russischen Frage bemerkte dann Brandler noch weiter:

„Rußland ist das entscheidende Land der Weltrevolution und wie stellt man sich zur Frage der Revolution und wie stellt man sich zur Internationale. Ich gehöre zu den schwerfälligen Menschen, die sich erst dann ein Urteil bilden können, wenn sie die Tatsachen kennen. Ich gehöre nicht zu den Genies, die alles gleich riechen. Ich hatte drüben Zeit, weil ich nicht Subjekt, sondern Objekt war. Ich habe drüben den Eindruck gewonnen — damit ihr nicht buhleren gehen könnt damit, ich hätte mich auf Trojki festgelegt — daß ich erst dann, wenn ich einen Abbruch habe im Studium der russischen Frage, die Dinge richtig sehen werde. Ich habe jetzt noch kein richtiges Urteil. Ihr seht in der blauen Luft, und meiner Meinung nach drüben auch das R. und die Opposition. Mir geht es um den Sinn der russischen Revolution. Schon in dem Abtrittsbriefe, den Lenin an die Schweizer Arbeiter richtete, stellte er das Problem der russischen Revolution ganz scharf, die führende Rolle der russischen Partei, die führende Rolle des schwachen russischen Proletariats im Bündnis mit den Bauern, und er sah, es befanden zwei Möglichkeiten. Die russische Revolution kann, wenn sie in Westeuropa forschigt wird, die erste proletarische Revolution sein oder eine Bauernrevolution, die letzte bürgerliche. Und da Lenin sich nie selbst einen Keiz zog, sagte er, es ist auch Aufgabe der russischen Revolution, auch die Bauernrevolution zu forcieren. Darauf muß man zurückgehen, wenn man die Probleme sehen will. Und jetzt ist die entscheidende Phase eingetreten: was wird, wenn der nächste Schritt zur Weltrevolution ausbleibt, wenn das deutsche Proletariat nicht bald die Macht ergreift. Dann ist das keine Frage der Taktik der deutschen Partei, dann ist entscheidend, daß es keine proletarische Revolution, sondern die Bauernrevolution war.“

In seinen weiteren Ausführungen betonte Brandler, unter Berufung auf Lenin, die Notwendigkeit einer Revision der kommunistischen Taktik in Rußland. Wie die „Rote Fahne“ bemerkt, waren seine Formulierungen in dieser Frage noch „trauer und eindeutiger“.

als aus dem jetzt wiedergegebenen Stenogramm hervorgeht. Brandler habe von der Notwendigkeit der Demokratie in Rußland und einer demokratischen Arbeiter- und Bauernregierung gesprochen! Dieses unerhörte Verbrechen darf natürlich nicht ungerügt bleiben. Brandler wird deshalb den Diktatoren im Kreml als „Menschewist“ und „Sozialverräter“ denunziert, der auch dann nicht wieder in Gnaden aufgenommen werden darf, wenn er sich heute gegen Trojki und den Trojkiismus erklärt. Drohend erklärt das Zentralorgan der KPD., die deutsche Partei werde „dem Trojkiismus und dem Brandlerismus in ihren Reihen keinen Raum gönnen“.

So wird in der KPD. der Kampf gegen unbecueme Wahrheiten und gefährliche Konkurrenten geführt!

Der Jagow-Polizist als Zeuge.

Er „wollte Ebert einziehen lassen.“

F. Kl. Magdeburg, 16. Dez. (Eig. Drahtber.)

Um den Anflug zu vervollständigen, wurde heute beschloffen, den Genossen Scheidemann noch einmal zu laden, damit er Auskunft darüber gebe, ob er der Verfasser des viel zitierten „Vorwärts“-Artikels vom 29. Januar 1918 sei. Diese Belästigung Scheidemanns geschieht lediglich, weil der frühere Berichterstatter des „Vorwärts“, Unger, jetzt antifemistischer deutschnationaler Klopffechter, den Verdacht auf seine Autorschaft ausgesprochen hat. Den eigentlichen Verfasser des Artikels, dessen Namen von Rechtsanwalt Landsberg dem Gericht genannt wurde, will das Gericht überhaupt nicht hören, trotzdem gerade er einige interessante Mitteilungen hätte machen können.

Professor A. Weber, Heidelberg, der bekannte Nationalökonom, hat sich selbst als Zeuge gemeldet, weil es ihn drängt, gegen die Verdächtigungen des Reichspräsidenten auszuwetern. Er hat in den kritischen Tagen des Januar mehrfach mit Ebert verhandelt und hat die Ueberzeugung, daß dieser alles getan habe, um jenen Streik zu einem baldigen, für das Land erprießlichen Ende zu führen.

Dann erlebte man einen Polizeisten ältesten Stils, jenen Polizeirat Henniger, der schon unter Jagows und v. Lippens Zeiten Leiter der politischen Polizei in Berlin war. Charakteristisch für seine Auffassung, die er heute dem Gericht suggerieren will, ist, daß er wiederholt angeregt hat, den Abgeordneten Ebert durch Einberufung aus Berlin zu entfernen, damit er seinen Einfluß nicht mehr ausüben könne. Ganz Polizeistil — dieser Henniger, er sieht nur Befehle und Orders und solche, die sie zu befolgen haben. Nach ihm hat die Sozialdemokratie und besonders der „Vorwärts“ die Ausdehnung des Streiks versucht.

Allerdings ein anderer Polizeirat, der auch beim Polizeipräsidenten Berlin beschäftigt war, Hennig mit Namen, der deshalb mit Henniger viel verwechselt wird, erklärte, daß nach seiner Auffassung die Sozialdemokratie im Januar nur noch geringen Einfluß gehabt habe und daß ihr Eintritt in die Streitleitung nur aus taktischen Gründen erfolgt sei.

BS. Magdeburg, 16. Dezember.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung teilte der Vorsitzende mit, daß der Zeuge, Kriminalbeamter Hailes, der von der Vernehmung genannt worden war und der über die Rede des Reichspräsidenten während des Munitionsarbeiterstreiks im Treptower Park auszusagen soll, beim Polizeipräsidenten Berlin unbekannt sei. Polizeipräsident Richter-Berlin teilte auf Anfrage des Gerichts mit, daß in den Akten sich Berichte der Beamten über die domalige Besetzung nicht mehr vorfinden.

Ebenso war ein Schreiben des Präsidenten des Reichsrates in Potsdam eingelaufen mit der Mitteilung, daß die Berichte der Ueberwachungsbeamten von der Sabotageabwehr-Abteilung der Fliegerabteilung nicht im Reichsarchiv vorhanden seien, und daß sie auch bei der Kommandantur Berlin nicht bekannt wären. Offenbar müßten sich die Akten bei den Prozessanten in Sachen Dittmann vor dem Kriegsgericht befinden. Der Vorsitzende erklärt hierzu, daß die Akten auch dort nicht vorhanden seien.

gebens. Und heute wollte ich in dieser Stadt eure geachteten Männer prüfen. Ich warf das Fenster des Rudjahid ein, aber kein Jern verbrauchte bald. Ich zündete das Haus des Reichen an, aber er wogte es nicht, mich der Gerechtigkeit zu überliefern. Ich spie dem Richter ins Gesicht, und er steckte die Beleidigung ein. Denn ewer frommer Rudjahid lebt in Uüge und Falschheit. Ewer angesehenener und wohlthätiger Reichsfürst gründete seinen Wohlstand auf dem Grund von Täufern. Und ewer gerechter Richter speit selbst jeden Tag auf Gesetz und Gerechtigkeit. Und sie alle duckten sich vor meinem forschenden Blick, weil sie ahnten, daß ich die Heuchelei ihrer Entrüstung ertauen würde.

Sich entrüsten dürfen — das ist das höchste aller Rechte. Und dieses Recht hatten die Beuchten eurer Stadt nicht.“

Er sprach es und, den Reschül schwingend, stieg er von der Estrade herab und wandelte langsam seines Weges dahin.

Die Entdeckung des Windes.

Wenn ich draußen auf den Feldern eine Windmühle die trägen Flügel drehen sehe, habe ich immer das Gefühl: Herrgott, ist das eine uralte Einrichtung! Auf manchen Gebieten steht der menschliche Witz unverändert noch immer auf dem gleichen Punkt, an dem er vor hundert Jahren stand. Das sind noch immer die gleichen Windmühlen, die mit ihren gekrümmten Flügelarmen in der entzündeten Phantasie des edlen Ritters Don Quichotte die Visionen feindlicher Riesen erzeugten.

Auch die Segelschiffe, so schön sie sind, kommen mir veraltet vor. Sie scheinen mir nur noch geeignet, von jungen Anrikern mit schimmernden Röhren verglichen zu werden und auf rosa verbämmernden Abendstimmungslandschaftspforten (Wondschlein nicht ausgeschlossen) selig dahinguleiten.

Der Wind ist wirklich in der Entwicklung etwas zurückgeblieben. Er muß sich geradezu vertreiben, wenn er auf sein Bruderelement, das Wasser, blüht. Auf den Kräften des Niagaraalles bauen sich gewaltige Industrien auf, und (ohne die Soale mit dem Niagara vergleichen zu wollen) wenn erst die neuen Stauwerke der Soale oben im Thüringer Wald fertig sein werden, dann wird dieses stille Flüsschen Riesendynamos treiben und ein ganzes Industriezentrum mit Strömen der Kraft versorgen.

Wer der Wind — er ist immer noch das himmlische Kind, ein nutzloses Wärgengel, ein Bausackenengel, zu nichts gut, als ein Stück Segelwind aufzublähen, Windmühlen zu drehen und, wenn er's ganz toll treibt, den Leuten die Hüte durch die Strohen zu wirbeln.

Das soll nun anders werden, sagt der Ingenieur Flettner, und nimmt den herumstreichenden Burschen beim Wackel. Er soll arbeiten, nämlich, nach meinem System, nach physikalisch-mathematischen Formen. Aus dem himmlischen Kind wird ein Sturmgefelle der Zeit. Aphors Säugeln braust und donnert in tausendfach verstärkten Maschinen.

Das neue Segelschiff des Ingenieurs Flettner fängt den Wind nicht in Segeln, sondern in zwei 20 Meter hohen, drei Meter dicken

rolierenden Stahltürmen. Und wenn die Brise noch so klein ist, der leise Atem der Lüfte genügt schon, um die Windtürme in Bewegung zu setzen, seine Kraft zu verstärken, neue Kraft auszulassen. Das neue Segelschiff fährt nicht nur ohne Segel, sondern auch ohne Wind, weil es ihn selber macht. Es preßt die kaum wahrnehmbare Luftströmung in die Windtürme, verstärkt sie hier und legt sie in neue Energie um. Wenn sonst bei dieser Flaute die Segel schlapp hängen, fährt jetzt das Flettner'sche Rotorchiff mit schwerer Ladung schneller als das alte Segelschiff bei frischer Brise.

Die Spritzer werden Augen machen, wenn sie diese Segelschiffe mit den klugen Schiffskindern sehen! Der Vergleich mit der schimmernden Röhre wird ihnen im Halse hängen, im Hüftgelenk stören bleiben. Aber auch die Windmühlen können sich auf etwas gefasst machen. Denn Flettner fängt den Wind nicht nur zu Wasser, sondern auch auf dem Lande. Die norddeutsche Tiefebene und zumal Holland können schon jetzt die Windmühlen verabschieden. (Ein Exemplar ist in den Museen abzuliefern.) Flettner wird riesige zylindrische Windtürme aufstellen, die nicht nur Mühlen treiben, sondern Industrieanlagen und Landwirtschaften mit Kraft speisen werden. Besonders Holland, wo immer ein frischer Wind weht, hat für die Flettner-Türme das größte Interesse. Die niederländische Windmühlenschaar wird bald der Geschichte angehören und dem Rudandel der kommenden Materie wird nichts anderes übrig bleiben, als auf die Entdeckung neuer Landschaftschönheiten auszugehen.

Hans Katonel.

Ein russisches Hungermuseum. Der russische Sonderberichterstatter der Kopenhagener „Politiken“ veröffentlicht in seiner Zeitung eine Reihe aufschreiender Reiseberichte über Land und Leute in Rußland. Der dänische Journalist erzählt darin, wie er auf seiner Fahrt durch das Rieseneis nach der Stadt Samara gekommen sei, die der Mittelpunkt der von der Hungerkatastrophe betroffenen Gegenden ist. Dort hat man, so fürchterlich sich dies auch anhört, ein Hungermuseum errichtet, in dem sich die schlimmsten und schauerregendsten Gegenstände befinden. Es gibt dort beispielsweise eine besondere Abteilung für Kannibalismus, der in der Stadt während der schlimmsten Hungerzeit getrieben wurde. In einer Reihe von Familien sah man sich unter dem Druck der bittersten Not gezwungen, ein oder zwei Kinder zu opfern, um die anderen am Leben zu erhalten. In Samara gab es sogar Leute, die mit Menschenfleisch ein Metzgerhandwerk betrieben.

In der Volkshöhle, Theater am Bölowplatz, finden am Sonntag, den 21., vorm. 11½ Uhr, als Racine die Aufführungen von O'Reilly „Unterm karibischen Mond“ und von Bruck „Schicksal“ statt.

Der neue Vorstand der Berliner Sezession. An der letzten Generalversammlung der Berliner Sezession wurde der Vorstand für das Jahr 1925 wie folgt gewählt: Prof. Louis Corinth, Charlotte Berend, Franz Erdendorf, Wlad Isakoff, Bruno Krauss, Eugen Spiro, Prof. Ernst Wendt. Als neue Mitglieder wurden die Maler Prof. Arthur Degner, Otto Dix und Conrad Felgenhauer hinzugewählt.

Einzigartiger Journalismus. Das Londoner Blatt „People“ teilt mit, daß Lloyd George allein durch Artikel schreiben für die englische und amerikanische Presse jährlich ein Einkommen von ungefähr 20 000 Pfund Sterling habe.

1) Symbol der Dermischwürde.
2) Hälfte der Schale einer Kotosnuss zum Almosen sammeln.
3) Oberster Geistlicher bei den schittischen Mohammedanern.

R.-M. Dr. Martin teilte dazu mit, daß der damalige Be-
rat der Sabotageabwehrstelle Nister jetzt gefundenes sei und in
München wohne. Der Zeuge wird daraufhin telegraphisch zu
morgen früh geladen.

R.-M. Bindewald beantragte, Oberbürgermeister Scheide-
mann zu morgen abends zu laden, da er Auskunft darüber
geben solle, ob er den Artikel im „Vorwärts“ vom
29. Januar 1918 geschrieben habe, in dem der Munitions-
arbeiterstreik voll und ganz begünstigt wurde. Weiter soll Scheide-
mann darüber Befundungen machen, ob die Parteileitung nicht doch
bereits am 28. Januar ihre Vertreter in die Streikleitung
entsandt habe.

R.-M. Dr. Landsberg verlangte für diesen Fall Chef-
redakteur Stampfer vom „Vorwärts“ zu laden,
der über den in Frage stehenden Artikel die beste Auskunft geben
könne. Ich füge noch hinzu, daß damals wegen dieses Artikels, der,
wie ich glaube, von Herrn Ruttner geschrieben wurde, gegen
Stampfer ein Verfahren eingeleitet worden ist.

Vors.: Nach den Ergebnissen der damaligen Untersuchung
hat entweder Herr Stampfer selbst oder Herr Ruttner der Artikel
geschrieben.

R.-M. Dr. Landsberg:

Ich möchte übrigens hierzu bemerken, daß die Oberste Heeres-
leitung bei Herrn Stampfer damals angerufen und ihr Bedauern
ausgesprochen hat, daß man wegen dieses Artikels gegen Herrn
Stampfer ein Verfahren eingeleitet habe.

R.-M. Dr. Martin streifte daraufhin noch einmal die bereits
am Sonnabend erwähnte angebliche Rede des Dr. David
in Köln und erklärte, daß er von seinem Gewährsmann, dem
Fabrikbesitzer Schulz in Hamburg Mitteilungen erhalten habe, daß
in der Kölner Versammlung nicht Dr. David, sondern ein anderer
Name habe, daß die Sozialdemokratische Partei eine neue
Offensive verhindern werde, sondern daß der Redner der frühere
sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Davidsohn gewesen sei.

R.-M. Dr. Landsberg: Der frühere Reichsminister Sall-
mann teilte mir mit, daß in der Tat der Abgeordnete Davidsohn in
Köln vor den Kriegsveteranen gesprochen habe. Sallmann ist in der
Versammlung selbst anwesend gewesen und bestreitet entschieden, daß
Davidsohn die ihm nachgesagten Äußerungen getan hat.

Das Gericht beschloß hierauf nach kurzer Beratung, Oberbürger-
meister Scheide mann zu Mittwoch vormittag noch einmal zu laden.

Prof. A. Weber als Zeuge.

Dann wurde Prof. Alfred Weber, Heidelberg vernommen.
Vors.: Sie sollen während des Streiks mit Herrn Ebert zusammen-
gekommen sein und mit ihm die Streiffrage besprochen haben.

Zeuge: Entsetzt möchte ich erklären, daß ich mich selbst als
Zeuge gemeldet habe, da ich mich verpflichtet fühlte, über das Ver-
halten des Herrn Reichspräsidenten hier auszusagen. Ich war da-
mals im Reichsamt tätig und hatte mit dem Staats-
sekretär Graf Rüdern viel zu tun, ebenso hatte ich mit dem
Hauptauschuss im Reichstag Führung. Im Frühjahr 1918 sah ich
insolge der Press.-Kommunikation Verhandlungen die
innerpolitische Situation in Deutschland stark gefährdet und es
erschien mir außerordentlich wichtig, daß die Führer der SPD, die
bekanntesten Elemente in der Arbeiterschaft in der Hand behielten.
Als dann der Streik ausbrach, suchte auch ich neben anderen Herren
zu vermitteln und suchte zu diesem Zweck den jetzigen Herrn
Reichspräsidenten und Scheide mann auf, da ich an-
nehmen konnte, daß dem Graf Rüdern dies nicht unerwünscht sein
könnte. Ich sprach allein mit Herrn Ebert und Herrn Scheide mann.
Scheidemann war sehr erregt über das Vorgehen der
Regierung und bezeichnete es als einen schweren takti-
schen Fehler, daß man mit der Arbeiterschaft nicht verhandeln
wolle, nicht einmal über die wirtschaftlichen Dinge. Herr Ebert da-
gegen war außerordentlich ruhig.

Herr Ebert war das absolute Gegenteil eines Mannes, der ein
Interesse daran gehabt hätte, die Streiffrage zu verschärfen oder
persönlichen Nutzen daraus zu ziehen bestrebt war.

Herr Ebert wußte, daß ich den Inhalt unserer Unterredung dem
Graf Rüdern mitteilen würde und er bemerkte, es läme alles
darauf an, wenn der Streik schnell beendet werden könne,
daß die Arbeiter bei der Regierung Gehör fänden und daß man
in Bezug auf die wirtschaftlichen Forderungen ein Zugeständnis
mache. In diesem Fall würde der Streik sehr schnell zu Ende
geführt werden können. Scheide mann erwiderte gegen diese Ausführungen
keine Einwendungen. Mit dem Befehl, daß man wenigstens
über die wirtschaftlichen Dinge mit den Arbeitern ver-
handeln solle, fuhr ich dann am nächsten Morgen zu dem Graf
Rüdern gegangen und habe ihm den Inhalt dieses Gesprächs mit-
geteilt. Graf Rüdern war zurückhaltend, denn er konnte in meiner
Eigenschaft als Staatssekretär Balltraf nicht desanteriorieren. Einen
nützlichen Erfolg hat meine Vermittlungstätigkeit nicht gehabt. Ich habe
mich jedoch hier gemeldet, weil ich es für wesentlich hielt, daß jemand,
der nicht zur Sozialdemokratie gehört, über die Haltung des Herrn
Reichspräsidenten damals hier auszusagen macht.

Vors.: Wann hat die Unterredung zwischen Ihnen und Ebert
stattgefunden?

Zeuge: Den Tag kann ich nicht mehr genau angeben; je-
doch erst, nachdem Staatssekretär Balltraf den Emp-
fang der Arbeitervertreter abgesehen hatte.

R.-M. Heine: Haben Sie beobachtet, wie die Haltung der
Regierung auf die Streifenden in Berlin wirkte?

Zeuge: Anderswo ist insolge des Entgegenkommens der zu-
ständigen Stellen der Streik schneller beendet worden.

Krupp und Vickers.

Zu den Pressmeldungen über den Prozeß Krupp-
Vickers teilt Wolffs Bureau auf Grund einer Anfrage bei der
Firma Krupp folgendes mit:

Es handelt sich um einen Anspruch, den die Firma Krupp gegen
Vickers nach den Bestimmungen des Friedensvertrags und des
Reichsausgleichsgesetzes geltend gemacht hat und zur Vermeidung
körperlicher Strafe auf geltend machen müssen. Als Vickers
den Anspruch bestritt, ist auf Wunsch der zuständigen Reichsstellen
und in enger Zusammenarbeit mit ihnen Klage vor dem deutsch-
englischen gemischten Schiedsgerichtshof erhoben worden. Ein eigen-
es Interesse der Firma Friedrich Krupp A.-G. an dem Aus-
gang dieses Rechtsstreits, der lediglich unter ihrem Namen geführt
wird, besteht nicht. Nach dem Reichsausgleichsgesetz gebühren
90% Prozent des etwaigen Ergebnisses dem Deutschen Reich,
dessen Interesse bei der Höhe des Objektes allein zu der Einleitung der
Klage geführt hat.

Eifrige Staatsanwälte.

Köln, 18. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Unter Partei-
flut, die „Rheinische Zeitung“, hatte sich während des Wahlkampfes
mit einer Rede kritisch auseinandergesetzt, die der preussische Kultus-
minister Dr. Boellig für die Deutsche Volkspartei hielt und ihm
brutale Demagogie vorgeworfen. Diese parteipolitische Kritik hatte
jetzt zur Folge, daß die Staatsanwaltschaft gegen unter
Parteiorgan eine Klage eingeleitet hat. Es steht dabei nicht fest,
ob Herr Boellig selbst sich durch den Vorwurf der Demagogie so
stark getroffen gefühlt hat oder ob eine überreizte Staatsanwaltschaft
über die „Rheinische Zeitung“ ein Hofgericht von Beleidig-
ungsprozessen niedergehen lassen will. Denn bekanntlich schweben
bereits Klagen gegen das Blatt wegen respektloser Angriffe auf die
Charakterfestigkeit Dr. Stresemanns und eine neue
Klage beruht darauf, daß das Blatt den Außenminister mit der
hochgeschätzten Kunst der Schauspielerei in Verbindung ge-
bracht hat.

Letzte Pose.

Vor einem Mietpalast am Südkamp lagerten im Winter
zwei über und über mit frischen Blumen bedeckte Wagen, wie man
sie bei pompösen Begräbnissen sieht. Die frierenden Pferde sind
gänzlich in düstres Schwarz gefüllt. Reugierige und Straßenbummler
sehen hierum und begaffen diese Pracht, von der der oder die
Tote wahrhaftig nichts hat. Eine Augenweide für die Leidtragenden
ist sie höchstens, vielleicht auch eine Erleichterung ihres Gewissens,
für das Publikum bestimmt eine kleine Sensation. Die eintretenden
Hausfrauen finden dankbaren Gesprächsstoff, und die herrlichen
Blüten, in der grausamen Kiste hinstehend, werden nach ihrem
Marktpreis taxiert. Die kostbaren Schleifen an den duftenden
Kränzen mit ihren mehr oder weniger auftrichtigen Inschriften erregen
gewöhnlich höchste Bewunderung. Die Hinterbliebenen in Trauer-
kleidung bestaunen unter den Blicken der befriedigten Menge das
funkelnde Automobil. Das ist das Zeichenbegängnis des einen,
gewissermaßen die Dwertüre dazu...

Und die anderen? Was soll ihnen diese letzte Pose? Ihr
Leben war stets einfach und streng, es ging hart auf hart um Brot
und Salz ohne alle Zeremonien. Und so ist es auch im Tode. Noch
in der letzten Minute irdischen Daseins muß der Prolet spüren, daß
er ein Enkerbter ist. Darum hat der Dichter Bildgans recht, wenn
er singt: „Und doch ist alles so anders, wenn es den Armen begegnet!“

Einbruch bei einem Indiensucher.

Ein Privatmuseum um Millionenwerte beraubt.

In zwei aufeinander folgenden Nächten wurde das Privat-
museum des bekannten Indien- und Afrikaforschers Heinz Karl
Heiland in der Friedrichstraße 73 von Einbrechern schwer heim-
gegriffen. Der Forscher ist in den letzten Jahren auch durch seine
erfolgreichen Filme bekannt geworden.

Heiland bewohnt in diesem Eckhause an der Friedrich- und
Jägerstraße vier große Räume mit Diele, die im Dachgeschoss aus-
gebaut sind und nur kleine Fensterchen nach der Jägerstraße haben.
Das Haus hat einen ziemlich hohen Eckturm mit vier großen
Fenstern nach allen Himmelsrichtungen. Im Boden dieses Turmes
befindet sich eine Türe, durch die der Turm mit der Wohnung in
Verbindung steht. Gerade unter dem Turm liegt das Schlafzimmer
der Wohnung. Auch dieses ist wie die drei anderen Wohnräume
und die Diele ganz mit Sammlungen besetzt. Das ganze Privat-
museum enthält Stücke aus Afrika und Indien von
unermesslichem Werte. Im ersten Zimmer steht man u. a.
zwei vollständige tibetanische Ritterrüstungen, die allein auf vier
Millionen Goldmark bewertet sind. Das zweite Zimmer
enthält u. a. einen großen Buddha-Tempel aus schwarzem
Holz. Im dritten Zimmer steht man einen großen indischen Schreib-
tisch mit einem Aufsatz aus Elfenbein. In ihm befindet sich ein
Buddha, um den herum, wieder aus Elfenbein geschnitten, Mönche
und andere anbetende Figuren standen. An allen Wänden der
gesamten Wohnung hängen kostbare Waffen, Säbel und Dolche, die
mit Edelsteinen ausgelegt sind, Lanzen, Speere usw. Heiland ist
seit Januar d. J. auf Reisen. Seine Forschungen galten jetzt Afrika.
Am 19. d. M. wird er zurück erwartet.

Als Heiland abreiste, bezog ein ihm befreundeter Hauptmann
der Schutzpolizei seine Wohnung, um die kostbaren Sammlungen
recht ohne Aufsicht zu lassen. Im Oktober d. J. mußte die Frau
des Hauptmanns ein Krankenhaus aufsuchen. Er selbst kehrte nun
in seine eigene Wohnung zurück, ging aber seitdem jeden Tag nach
den Räumen des Fremden, um nachzusehen. Als er am Sonntag
kam, fiel ihm eine Unordnung auf, die sonst nicht gebräuchlich war.
Es sah aber so aus, als ob die Reinmachersfrau an der Arbeit
gewesen wäre, und noch nicht wieder alles in Ordnung gebracht hätte.
Dabei beruhigte sich der Freund. Als er jedoch gestern, am Montag,
wieder erschien, zeigte ihm die Veränderung gegenüber dem
vorigen Tage, daß Einbrecher dagewesen waren. Er be-
nachrichtigte jetzt die Kriminalpolizei und die Ermittlungen der
Kriminalpolizei ergaben, daß auch unbekannte Verbrecher bei einem
zweimaligen nächtlichen Besuche außerordentlich wert-
volle Beute gemacht haben. Was sie alles gestohlen haben, läßt
sich nicht feststellen, bevor Heiland zurückgekehrt ist. Es fehlten
unter anderem die Elfenbeinfiguren aus dem Buddha-Tempel, mehrere
mit Edelsteinen ausgelegte Säbel, Dolche und Pistolen, und kostbare
Gebetsspitze. Die Beute ist ohne Zweifel sehr groß, weil die Ver-
brecher zweimal in den Nächten zum Sonntag und zum Montag da
waren. Den Rückweg nahmen sie wieder über die Dächer. Jemand-
ein bestimmter Verdacht besteht nicht. Antiquitätenhändler und
Sammler werden vor dem Ankauf der kostbaren Sachen gewarnt.
Rittkeimpen über das Aufsuchen des gestohlenen Gutes und sonst
zur Aufklärung der Einbrüche nimmt Kriminalkommissor Zettlin im
Zimmer 103 des Polizeipräsidiums entgegen. Es wird eine hohe
Belohnung ausgesetzt werden.

Schwimmfest der weltlichen Schulen des Nordens.

In der Städtischen Schwimmhalle, Gerichtstraße, fand am Son-
ntag im Beisein des Bezirksbürgermeisters Gen. Reid, mehrerer
Ehrendoktoren und der Vertreter des Bezirksjugendamtes das Schwimm-
fest der weltlichen Schulen des Nordens statt, zu dem die 208. (welt-
liche) Schule geladen hatte. Die mit den Fahnen der Repu-
blik festlich geschmückte Halle war von Zuschauern bis auf den
letzten Platz gefüllt. Ein reichhaltiges Programm wurde geboten.
Die Darbietungen zeugten von der Initiative, dem Ernst und der
Hingabe, mit der an den viel verlebten weltlichen Schulen auch
auf dem Gebiet der körperlichen Erziehung der Jugend gearbeitet
wird. In der Begrüßungsansprache betonte Gen. Rektor Ried, daß
diese Arbeit an der Jugend geseit werde nicht in Dienste und
Geiste des Militarismus, sondern nur unter dem Motto:
In einem gefunden Körper ein gelinder Geist! Der Einladung der
Veranstalterin waren die übrigen sieben weltlichen Schulen des
Beddings und die weltlichen Schulen aus Moabit,
Weißensee, Reinickendorf und Lichtenberg gefolgt.
Die Leistungen in den Einzelkämpfen wie in den Mannschaftswet-
tomben zeigten einen erfreulich guten Stand. Hervorragend waren
auch die Leistungen im Streckschwimmen und im Tellerlaufen. Auch
die Mädchenwettbewerbe bewiesen, daß ihre tüchtige Arbeit
geseit werden ist. Zur Umkleekunst gab es auch Rettungsoor-
führungen, Wasserspiele und Reigen. Nach harten spannenden
Kämpfen gewann in der 10 mal 50 Meter Brustschwimm-
Anaben in 9 Min. 11 Sek. die 208. Schule den wertvollen Wan-
derpreis (Bild) des Bezirksamtes. Mit der Preisverteilung er-
reichte das Fest nach 6 Uhr das Ende. Es lieferte den Beweis, daß
die weltlichen Schulen auch auf diesem Gebiete hinter andern nicht
zurückbleiben, sondern führend sind.

Wieder ein Todesopfer hat die Unsitte gefordert, auf Blige, die
schon im Anfahren sind, im letzten Augenblick aufzuspringen. Der
Oberpostsekretär Delling aus der Riffinger Str. 2 versuchte dies am
Sonntag früh um 6 Uhr 35 auf dem Bahnhof Pankow-Schönhaufen.
Der elektrische Zug Nr. 206 hatte sich schon in Bewegung gesetzt,
trotz Warnung des Bahnhofleiters sprang Delling auf. Er glitt
ab, geriet zwischen Trittbrett und Bahnsteigkante und erlitt
furchtbare Verletzungen. Als der Bahnarzt eintraf,
war er diesen Verletzungen schon erlegen.

Die Stadtverordnetenversammlung hat ihre wahrscheinlich letzte
Sitzung vor Weihnachten in dieser Woche am Donnerstag um
7 1/2 Uhr. Zu den aus früheren Sitzungen übernommenen Tages-
ordnungspunkten sind wieder neue Vorlagen und Anträge gekommen.
Auf der Tagesordnung für die nächste Sitzung stehen auch zwei
neue Anträge der Sozialdemokratischen Fraktion. Der eine fordert
Einführung einer gemischten Deputation zur Be-
ratung darüber, wie die schweren Rotstände abgebaut

werden können. Der andere Antrag fordert Einführung der §§ 84 Abs. 1
4 und 96 des Betriebsvertrages für die unter das
Betriebsvertragsgesetz fallenden Arbeitnehmer der Stadt. § 84 Abs. 1
handelt vom Einspruch gegen Kündigung, und Absatz 4 betrifft die
Kündigung als unbillige Härte, die nicht durch das Verhalten des
Arbeitnehmers oder durch die Verhältnisse des Betriebes bedingt
ist. § 96 Abs. 1 handelt von Kündigung oder Verletzung der Mit-
glieder einer Betriebsvertretung und dem Saug dagegen.

Was ärztliche Standeshilfe gekostet. In Nr. 50 des „Groß-Ber-
liner Arztblattes“ schreibt ein Dr. Habrich außer anderen Unwahr-
heiten gegen die Krankenkassen, daß die Herren Kassendirektoren
Gesellschaftsabend veranstalten, bei denen der Ambulatoriumsarzt
der Gattin eines früheren Bierknecht's Komplimente machen muß.
Diese insame Buge verdient tiefer gehängt
zu werden. Sie reiht sich aber würdig an die Hege gegen den
„Sattler“ Ebert, den „Buchdrucker“ Scheide mann und andere Sozial-
demokraten, die durch das Betragen des Proletariats in leitende
Stellen kamen. Diese Hege gegen die Krankenkassen soll die
Sozialdemokratische Partei treffen. Der standbestrenge
bürgerliche Arzt hat den Proleten, seine Moneen nimmt er gern.
Woju sonst Verzehehehe?

Mordprozeß Haarmann.

Die Schuld der hannoverschen Kriminalpolizei.

R. Hannover, 15. Dezember.

Ist die Empörung, die sich allgemein gegen die hannoversche
Polizeibehörde richtet, gerechtfertigt? Als im Sommer dieses Jahres
die Mütter und Väter plötzlich vor den Kassen der Polizei und Anzugsresten
ihrer Söhne gestellt wurden, als sie nun ihr banges Hoffen und
Harren, ihre verschwundenen Kinder könnten doch noch zurück-
kommen, endgültig aufgegeben müßten, erstuhr ihnen ein Schrei der
Entrüstung gegen diejenige Behörde, die so schmachlich verjagt hatte.
Demagogie mochte sich den logischen Schmerz der Eltern, die
leicht verständliche Beunruhigung der Bevölkerung zunutze, um aus
dem Verbrechen Haarmanns parteipolitisches Kapital zu schlagen:
Sie verallgemeinerten, übertrieben, verleiern-
deien. Die höheren Instanzen griffen ein, eine Untersuchung über
die Tätigkeit der in Frage kommenden Behörde wurde eingeleitet.
Beamte wurden ihrer Posten enthoben. Die Gerichtsverhandlung
sollte in aller Öffentlichkeit die prinzipielle Frage beantworten, ob
nur Unfähigkeit und Fahrlässigkeit der Behörde dem Haarmann
das Morden leicht gemacht haben, oder ob auch verbrecherische
Begünstigung ihre Hand mit im Spiele hatte.

Was hat nun die objektive Gerichtsverhandlung ergeben? Welche
Antwort hat sie auf die qualvolle Frage geliefert: Wofür konnte
Haarmann so lange sein Anabenschlochen betreiben? Es hat keinen
Zweck, Bekanntes zu wiederholen. Ein jeder weiß daß unter Um-
ständen nichts in so hohem Maße einen Anreiz zu weiteren Mord-
taten bedeutet wie das unentdeckte Verbrechen: für den
nicht überführten Mörder bildet das direkt einen Ansporn zu neuen
Untaten. Wer weiß, wie sehr sich die Morde steigern würden, wenn
es der Kriminalpolizei nicht im größten Teile der Fälle gelänge, die
Täter zu ergreifen. Es ist auch fast zum Ueberdruß er-
wähnt worden, daß die Polizei Haarmann, trotz schwerwiegender
Verdachtsmomente in den beiden ersten bekanntgemachten Fällen
laufen ließ: im Fall Rotke und im Fall Franke. Hier und dort
stand es notorisch fest, daß Haarmann kurz vor dem Verschwinden
mit den jungen Männern verkehrt hatte. Es soll dahingestellt
bleiben, ob der Fall Franke wirklich erst die zweite Mordtat
war: wie wäre der Verdacht der beiden Zeuginnen gegen ihn
entstanden, wenn nicht schon früher ähnliche Gerüchte über ihn
im Umlauf gewesen wären. Jedenfalls schloß Haarmann, nach-
dem er zum zweitenmal der Kriminalpolizei ein Schnippchen ge-
schlagen hatte, mächtig der Kamme; man sahste er sich sicher: das
Morden konnte seit recht losgehen. Es wurde mit Recht be-
hauptet, daß das Milieu Haarmann das Morden erleichterte, daß
seine engen Beziehungen zur Kriminalpolizei die Aufdeckung derselben
erschwert, daß die Art der Tötung seines Opfer und die Fortschaffung
ihrer Leiche die Spuren verminderten ließ. Das eine ist ja
doch nicht genügend betont worden: die geringe Ver-
sicht, die Haarmann bei der Wahl seiner Opfer übte, die Dissenheit
und Ungeniertheit seines Treibens in dem von ihm bewohnten
Haus und auf der Straße, die ungehörige Dreistigkeit, mit der er
in seinem Zimmer, das nur durch ganz dünne Wände von den
Räumen seiner Nachbarn getrennt war, die Leichen transport-
gerecht machte, seine Populartät in gewisser Kreisen — alles dies
hätte ohne weiteres schon bei den ersten Morden zu deren Ent-
deckung geführt, wenn... ja, wenn die Kriminalpolizei nicht völlig
verjagt hätte.

Die Prozeßleitung hat nichts unternommen, um festzustellen,
ob die Kriminalpolizei ihrer Pflicht in dieser Hinsicht genügt hat;
die Eltern aber behaupten noch wie vor, daß sie nichts getan hätte,
um ihre Kinder zu finden. Die Kriminalpolizei ist auf diese schwer-
wiegende Anklage die Antwort schuldig geblieben. In ihrem Inter-
esse hätte es gelegen, wenn das Gericht ihr Gelegenheit gegeben
hätte, sich von diesem Verdacht in aller Öffentlichkeit zu reinigen.
Das vorläufige Resultat der Gerichtsverhandlung aber, das sich
durch die weiteren zu erörternden Fälle nur noch mehr zugunsten
der Polizei verzeichnen wird, ist: die hannoversche Kriminalpolizei
hat sich in gleichem Maße als unfähig erwiesen, Haarmann der
ersten beiden Morde zu überführen, wie auch in den Fällen der
Bermittlungen den wahren Charakter des Verschwindens
junger Menschen zu erkennen.

Verhandlungsbericht.

Hannover, 16. Dezember. Der Dienstag bringt zunächst eine
Auseinandersetzung mit Professor Lessing, der in seiner bisherigen
Beizehrsetzung für den Berliner „Vorwärts-Courier“ und „Hamburger
Anzeiger“ getetert auf Gerichtsbeschluss eine Berwarnung erhielt.
Heute früh wurden vom Oberstaatsanwalt einige Abhandlungen zur
Debatte gestellt, in denen vom Verfasser Dinge behauptet worden
sind, die nicht den Tatsachen entsprechen. Der Oberstaatsanwalt er-
klärte, er wünsche die Presse, damit die Welt die objektive
Wahrheit erhalte. Die Vertreter der Presse müßten aber auch
den Tatsachen entsprechend berichten. Professor Lessing gab auch in
einigen Fällen seine solche Berichterstattung zu.

Die Beweisaufnahme, die heute beendet werden soll,
wurde mit dem Fall Robert Wihel fortgesetzt. Dieser Fall ist in-
sofern von Bedeutung, als er mit Hilfe eines Zufalles zur Ueber-
führung Haarmanns als Mörder führte. Der Vater erzählt als
Zeuge, wie sich sein Sohn am 26. April entfernt habe mit dem
Wort, er wolle in den Zirkus gehen. Von diesem Gang ist er nicht
mehr zurückgekommen. Der Zeuge hat am 28. die Vermittlung
angeht auf dem Polizeipräsidium erstattet. Am 29. ist der Zeuge
nieder auf dem Polizeipräsidium gewesen und hat gebeten, daß die
Vermittlungswaise in der Presse veröffentlicht wird. Ein Freund
seines Sohnes, Friedrich Rahmeier, sei ebenfalls auf dem Polizei-
präsidium gewesen. Er, der Zeuge, will nach mehrere Male auf
dem Polizeipräsidium gewesen sein, um zu erreichen, daß die Ver-
mittlungswaise in der Presse bekannt gegeben wird. Haarmanns
Ueberführung wurde dann durch einen Zufall möglich, der sich so
abspielte: Im Juni waren die Schädel in der Leine gefunden wor-
den. Der Zeuge erkannte den einen Schädel als den seines Sohnes
wieder, und zwar an einer Zahnfülle. Die Eheleute sahen nun
eines Tages auf dem Turm des Polizeipräsidiums, um bei dem zu-
ständigen Kriminalkommissar Röh ihre Schädelbestellungen usw. zu
Protokoll zu geben. Während dieses Wartens trat Frau Engel,
Haarmanns Wirtin, mit ihrem Sohn aus dem Zimmer. Der Sohn
trug ein Jackett, das von Frau Wihel sofort als das
ihres Sohnes wiedererkannt wurde. Der Mann der
Frau Engel hatte das Jackett von Haarmann bekommen. Diese Fest-
stellung führte seinerzeit zur Ueberführung Haarmanns.

Verdorbene Jugend.

Kaufklärung der Diebstähle in Arnsdorf.

Zwei jugendliche Diebe, die in der Gegend von Arnsdorf bei Münsberg lange Zeit ihr Unwesen trieben, wurden jetzt beim Verkauf gestohlener Pferde in Lützenberg erlitten und verhaftet. Es sind der 21 Jahre alte Gutsinspektor Gustav Spiettkötter und der 18 Jahre alte Arbeiter Alfred Wille.

Beide waren zusammen auf einem Gute in Arnsdorf bei Münsberg angestellt und waren dort, nachdem sie ihre Pflichten vernachlässigt hatten, zur selben Zeit von ihrem Dienstherrn entlassen worden. Als sie abgelohnt waren, zogen sie nach Berlin und fanden im Osten in der Bolener Straße einen Unterschlupf. Da sie die Arbeit nicht sonderlich liebten, so schnell auch wohl keine fanden, beschloßen sie, sich durch Raub Geld zu verschaffen. Arnsdorf, das sie ja beide kannten, schien ihnen ein günstiges Arbeitsfeld. Mit Parabelumpistolen, Dolchen und Masken machten sie sich auf den Weg. Am 20. November brachen sie bei dem Schmiedemeister des Ortes ein und stahlen ein Herrenrad und zwei Damenräder. Es gelang ihnen auch, unerkannt zu entkommen. Das eine Rad verkauften sie in Frankfurt a. d. O. an einen Händler, ein zweites an einen jungen Burischen aus Arnsdorf; wo sie das dritte Rad gefahren haben, steht noch nicht fest. Der junge Mann aus Arnsdorf, der den beiden Verbrechern das Rad abkauft, hatte Pech, denn als er damit in sein Dorf kam, erkannte der Schmied sofort sein gestohlenen Rad wieder und nahm es ihm ab. Nun wußte man aber auch, wer die Diebe waren. Der Erlös der Räder reichte für die beiden Diebe eine Zeitlang, und sie konnten sich davon in Berlin über Wasser halten. Als das Geld verbraucht war, unternehmen sie einen zweiten Raubzug. Diesmal hatten sie es auf den Arnsdorfer Arzt abgesehen, dessen Haus etwas abseits vom Dorfe steht. Dieser lebte still, der in der Nacht zum 2. Dezember vor sich ging, zeigt allerdings für eine sehr gemeine Gesinnung der beiden offenbar wirtschaftlich erzielten jugendlichen. Sie versuchten nämlich, nachdem sie sich vermurrt und unbewußt gemacht hatten, dem Arzt vorzuspielen, daß einer von ihnen krank sei und seiner Hilfe bedürfte. Dabei überließen sie den Arzt, der aber, kräftiger als diese trübseligen lächerlich ernährten jungen Menschen, sie leicht abzuwehren wußte. Trotzdem führten sie zum drittenmal nach Arnsdorf und stahlen ihrem Dienstherrn zwei Pferde aus dem Stall. Der Versuch, die Tiere auf dem Pferdemarkt in Weihenstephan zu verkaufen, mißlang, die jugendlichen Diebe wurden durch die Reiter, denen sie die Pferde anboten, der Polizei denunziert, die die Jugendlichen festnahmen.

Das Opfer der Granate.

Der 30jährige Arbeiter Franz Klingenberg, der von dem gestrigen Unglück in Wittenberg betroffen wurde, ist, wie uns mitgeteilt wird, der Sohn eines bei dem Eisenbahnunglück an der Jannowbrücke zu Tode gekommenen August Klingenberg. Die jüngste Schwester wurde bei der Nachricht des Todes des Vaters betrunken und starb bald darauf. Franz Klingenberg hinterläßt eine seit längerer Zeit in ärztlicher Behandlung befindliche Frau mit einem einjährigen Kind und eine unterstützungsbefähigte Mutter. Franz Klingenberg war Arbeiter in Wittenberg und zwei Jahre in französischer Gefangenschaft. Die hinterlassene Familie ist vollkommen mittellos und wohnt Pillauer Str. 3.

Tödlich Unfälle beim Bau des ersten Wolkenkräfers in Köln. Gestern nachmittags stürzte im Neubau des ersten Wolkenkräfers in Köln ein Gerüst ein und begrub mehrere Arbeiter unter sich. Das Gerüst stürzte vom 15. Stockwerk auf das 5. Stockwerk herunter. Bisher sind zwei Tote zu beklagen; mehrere Arbeiter sind schwer verletzt. Die Ursache des Unglücksfalls ist bisher nicht ermittelt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

24. Okt. 1. Gruppe, Wilmersd., den 17. Dezember, 1/3 Uhr, Zusammenkunft der Funktionäre der Partei, Casernen-Straße 7A.

Aus der Partei.

Uchtung, Parteiorganisationen!

In allen Ortsgruppen ist durch die Bezirks ein Schreiben des Parteivorstandes gelangt worden. Es muß bis spätestens 30. Dezember d. J. beantwortet und die Antwort in den Händen des Parteivorstandes sein.

Gewerkschaftsbewegung

Die Krise im Ruhrbergbau.

Eisen, 16. Dezember. (ZL) Im Essener Revier fanden gestern sechs stark besuchte öffentliche Versammlungen des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter statt, die sich mit der Lohnkrise im Ruhrbergbau beschäftigten. In allen Versammlungen wurde die Ablehnung des Zwangsschiedspruches durch die vier Bergarbeiterverbände gebilligt. Die Aussprache ließ erkennen, daß unter den Bergarbeitern wegen der Lohnkrise und der Haltung der Regierung in der Frage der Arbeitszeit tiefe Mißstimmung herrsche.

Rückblick auf das Inflationsjahr.

Der Deutsche Metallarbeiterverband im Jahre 1923.

Diese größte deutsche Gewerkschaft und zugleich der Welt hat soeben ihr 168 Seiten umfassendes Jahrbuch für 1923 im Selbstverlag herausgegeben. Es beginnt mit einer Schilderung der wirtschaftlichen und politischen Zustände und erstreckt sich auf die furchtbaren Ereignisse, die Deutschland im vorigen Jahre zu erleiden hatte. Da ist der Einbruch des französisch-belgischen Besatzungsheeres ins Ruhrgebiet, der anschließende Ruhrkampf, wobei die höchste ungleichen Waffen um das Schicksal Deutschlands und Europas gekämpft wurde. Dann kam die zunächst schleichende, später von Tag zu Tag überstürzende Währungskaustrophe, die vielleicht noch mehr als der Krieg das deutsche Volk an den Betteschub gebracht hat. Es folgt, was dem Kriege an Schrecken fast gleich kam: der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft. Die große deutsch-Metallindustrie mit ihren Millionen Beschäftigten war fast vollständig stillgelegt. In diesen Strudel wurde der Deutsche Metallarbeiterverband mit hineingezogen. Ende November des Berichtsjahres waren von seinen Mitgliedern 24 Proz. arbeitslos und 40,7 Proz. Kurzarbeiter. Mit dem Aufgeben aller Bemühungen er sich um den Zusammenhalt der Mitgliedschaft. Ohne die jahrzehntelange Schulung der Mitglieder wäre er wahrscheinlich bis auf geringe Kernbestände zusammengebrochen. Daß dies verhindert wurde in einem Verband, dessen Mitgliedschaft sich zusammensetzt aus den einzelnen, sehr unterschiedsreichen Industriezweigen der gesamten Metallindustrie, ist ein schönes Zeugnis für die Macht des freigewerkschaftlichen Gedankens. Der Mitgliederverlust ist schwer, aber für ihn und die Erfüllung seiner künftigen Aufgaben nicht von entscheidender Bedeutung. Die Mitgliederzahl ist von 1644554 im Jahre 1922 auf 1291761 im Dezember des Berichtsjahres zurückgegangen. Der Verlust beträgt 352793 gleich ein Fünftel. Im Berichtsjahre, wo eine Lohnbewegung die andere folgt, wurden insgesamt 21286 Lohnbewegungen mit 2033080 Beteiligten in 130588 Betrieben durchgeführt. Ihrer Natur nach gliedern sie sich in 150 Angriffsstreiks mit 81551 Beteiligten in 2180 Betrieben, wovon 129 erfolgreich waren; in 71 Abwehrstreiks mit 12634 Beteiligten in 215 Betrieben, wovon 56 erfolgreich waren; 54 Ausperrungen mit 27451 Beteiligten in 276 Betrieben, wovon 33 erfolgreich waren und in 21011 Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung.

Im Stand der Tarifverträge spiegelt sich der wirtschaftliche Niedergang im Berichtsjahre wider. Während Ende 1922 etwa 1146 Tarifverträge für 33638 Betriebe mit 2420947 Beschäftigten in Kraft waren, bestanden am Schlusse des Berichtsjahres nur noch 923 Tarifverträge für 30645 Betriebe mit 1849088 Beschäftigten. Aber der Tarifgedanke hat sich trotzdem durchgesetzt.

Der Angriff des Unternehmertums auf den Achtstundentag erfolgte zwar erst mit Beginn des Jahres 1924. Aber jetzt schon ist in diesem Zusammenhang zu sagen, daß er in der Metallindustrie besonders stark gewesen ist. Nach einjähriger Besetzung des Ruhrgebietes konnte das Unternehmertum mit Hilfe des Reichsarbeitsministeriums und der Schlichtungsstellen hier den ersten „Erfolg“ erzielen. Der Metallarbeiterverband hat diesen Stoch ausgegessen, indem er um das Ruhrgebiet herum auf der Linie Hagen-Schwelm-Gewerksberg seine Kampfkraft durch monatelangen, erbitterten Abwehrstreik errichtete. Ueber den Kampf um Erhaltung des Achtstundentages wird im nächsten Jahrbuch eingehend berichtet werden.

Die Bemühungen um Erhaltung des Reallohnens waren angesichts der überfüllenden Geldentwertung von geringem Erfolg. Eine genaue Darstellung des Reallohnens im Berichtsjahre läßt sich überhaupt nicht geben. Nach einem mit der starken Geldentwertung zusammenhängenden Tiefstand im Januar 1923 stiegen zunächst die Reallohn mit der Wertberhöhung. Im März standen sie auf etwa vier Fünftel des Vorkriegslohnes. Dann sank er langsam zurück, bis er wieder den Stand vom Januar im Juli aufzuweisen hatte. Durch die im August einsetzende Lohnzahlung nach dem sogenannten Indexlohn hob sich der Reallohn wieder, sank aber im Oktober erneut ganz bedeutend unter den Stand vom Januar und Juli zurück. Gegen Ende Oktober und im November sank der Reallohn auf wöchentlich 8,89 M. gleich 31,2 Proz. des Vorkriegslohnes. Am Ende des Berichtsjahres betrug der Reallohn zwei Drittel des Vorkriegslohnes. Bei diesen Angaben ist die 48stündige Arbeitszeit gegenüber der 57stündigen der Vorkriegszeit in Rechnung gestellt.

Zum Tarifstreit im Bankgewerbe.

Hierzu teilt der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten mit: Dem unhaltbaren Zustand, daß die Gehälter der Bankangestellten seit Monaten unregelmäßig geblieben sind und auch durch den letzten Schiedsspruch, dessen allseitige Abwicklung beinahe vollständig erfolgt ist, keine Revision erfahren haben, hat der Herr Reichsarbeitsminister in dankenswerter Weise dadurch Rechnung getragen, daß er die Einleitung neuer Verhandlungen übernommen hat. Diese finden Donnerstag, 11 Uhr vormittags, im Reichsarbeitsministerium statt.

Selbstbekenntnis.

Im Berliner Kopfbild der „Arboda“ wird heute nochmals der schwierige Versuch unternommen, die Zellenhäuser unter den Bankangestellten herauszufinden. Auf die von Schimperreien und Augen umrahmten Gestalten einzugehen, verlohnt sich nicht. Wir zitieren nur folgenden Satz: „Welter gibt Herr Marx auf Grund eines gefälligen Berichtes im „Vorwärts“ die Zahl der kommunistischen Bankangestellten auf 60 an.“

Der „gefällige Bericht“ — das verdammt das edle Blatt — ist der offizielle gedruckte Bericht des Bezirksvorstandes der K.P.D. Wir wußten ja, als wir dem Bericht seinezeit zur größeren Verbreitung verhalten, daß die darin enthaltenen Angaben nicht stimmen. Tatsächlich bekamen wir eine Reihe von Erwiderungen die gegen die falschen Angaben des Bezirksvorstandes der K.P.D. Einspruch erhoben. Weder dieser noch die Berliner „Arboda“ haben damals auch nur einen Laut von sich gegeben. Nun behauptet sogar die kommunistische Zelle der Bankangestellten, der Bericht des Bezirksvorstandes der K.P.D. sei gefällig. Wir nehmen Kenntnis.

... und Selbsttäuschung.

Die Berliner „Arboda“ drückt scheinbar unseren Kommentar zum Brief des Vorstandes des IGB, ob, läßt aber den entscheidenden Teil weg. Das Blatt vergißt, daß es nicht in Rußland erscheint, wo man keine andere als die bolschewistische Presse zu lesen bekommt. Es wird auch die Stellung des K.P.-Bundes zum bolschewistischen Einigungsauflösungsversuch unterschlagen, nur um sagen zu können, der „Vorwärts“ „kommandiert“ dem IGB seinen Beistand. Die Bolschewisten sind eben gewöhnt, ihre Illusionen für Wirklichkeit zu nehmen, oder wenigstens auszugehen. Aus dieser Gemohnheit erklärt sich wohl auch der Kommentar, den das Blatt daran knüpft. Wir zitieren:

„Doch anders denken die Proletarier, die Mitglieder massen. Um so mehr als durch die schon erfolgte Einigung eines englisch-russischen Einigungsauflösungsversuchs die Zukunft des IGB teilweise schon überholt ist und die Herstellung der internationalen Einheit schon reale Gestalt angenommen hat.“

Das wird sich insbesondere zeigen, wenn Turcell und Gefasens aus dem Sowjetparadies in die englische Hölle zurückgeführt werden. Wir fürchten sehr, man wird zu ihrem Empfang keinen Triumphbogen errichten. ...

Zur Lohnbewegung der Metalltransportarbeiter wurde heute vom Schlichtungsausschuß ein Schiedsspruch gefällt, der die Löhne in Kl. 4 und 5 um je 5 Pf. erhöht.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Bruno Soternus; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Schuler; Kultur: Dr. John Schimanski; Soziales und Sonstiges: Felix Rastbach; Ausland: H. Gluck; ähnlich in Berlin: Berlings: Bernhardt-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: „Vorwärts“-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Emdenstraße 3.

Unsere **Christfest-Angebote**

Mäntel aus Fantasiestoffen 7⁵⁰

Mäntel aus extra grüßiger Ware mit Feinschneidung 19⁰⁰

Mäntel aus Affenbart, aparte Ausführung 38⁰⁰

Biberette- u. Sealplüsch-Mäntel beste Qualitäten, auf Damast 78⁰⁰

Kleider aus Wolle und Seide in bemerkenswerten Neuheiten 16⁰⁰

Kinder-Mäntel u. Kleid. von 4⁵⁰ an

Die unseren Kunden schon seit Monaten gewährte Zahlungs-erleichterung räumen wir auf Wunsch auch Ihnen ein! Bedingungen in der Kredit-Abteilung

Oskar Wollburg
BERLIN N + BRUNNENSTR. 56 u. 57

Die moderne Plüsch-Modell, a. e. Falter

Die schönsten **Strickwesten** finden Sie billigst direkt in der Fabrik zu **ca. 700 Stück**

Strickwaren aller Art, nur Qualitätsware, ständig am Lager!

Bleyies Kinderkleidung zu Orinalpreisen!

Bruno Richter & Co. Fabriklager für Westfalen
Bl.-Pankow, Müllerstr. 1, im alten Str. erschüttert 9-7. — N r Einzelverkauf

1923, 1924

PAUL SCHENCK
REICHENBERGER STR. 30
MÜCHINGEN (NIEDERSACHSEN)

70.-

komplett m. 50 cm Seidenschürm f. elektrisch 70.- M. für Gas 15.-

9.50 8.-

Aus unserer Reklame-Kollektion

Große Musterausstellung in Berlin.

J. Bukofzer
Schneidemeister
NO 18, Kleine Frankfurter Straße
reicht Maßfächer in guter Ausführung zu soliden Preisen auch bei mitgebrachten Stoffen.

Läuferstoffe, Teppiche

in Velours, Boucle, Kokos
Diwandecken

Linoleum als Zimmerbelag

Läufer, Teppiche in großer Auswahl, Kokos-Matten in allen Qualitäten und Größen, Ausführung jeglicher Linoleumarbeiten.

C. Bargende, Charlottenburg
Windscheidstraße 11, Ecke Pestalozzistraße,
Wilmsdorfer Str. 79, Nähe Kurfürstendamm
Bismarckstr. 109, im Hause des Café Katschera
Fernsprecher: Steinplatz 4194, 5835, 5836

Teilzahlung
bei kleiner Anzahlung und
2 bis 4 Mark wöchentlich!

Garderobe für Damen und Herren, Gardinen, Stores, Bettwäsche, Tisch-, Diwan-, Steppdecken, Wandbehänge usw., Klein- und Großmöbel jeder Art

Künstler-Gardinen 7⁹⁰ an
3teil., herrl. Must. f.

Bett-Bezüge 1. Qualität 7⁹⁰ an
w. 10

Diwandecken Gub u 19⁰⁰ an
Per er Muster, Woche 2, —

Scheuen Sie den weiten Weg nicht, er lohnt sich bestimmt und Sie erhalten tatsächlich das, was ich insieiere, auch sofort mit.

Barthel, Zorndorfer Straße 54
Sonntag bis 6 Uhr geöffnet.

Dezimalwagen
Fahrgew., Gewicht, Maß, Preis, Ende Lager
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71
Keine Schaufenster-Reklame, dafür wert billiger Preise

Neue Haare
modern ist ein mirbt
Recher's Haartrab
maße „Intrast“
maße Wunder nach
Kleinpreis Eintrieb.
So schön wie Sie
aussehen können
und 20 8 10. Wo nicht
erhältlich, bu in Orte
Reichel, Orthe u
50, Köpenicker Str. 4

Zähne 1. 2 G.-M Teilzahlung

erstattet d. i. Anzahlung wöchentlich. Abzahlung von 1 G.-M. an. Echte Goldkronen v 8 G.-M. an. rsatz kronen v 3 G.-M. an. Zähne ohne Gummiplatte v 3 G.-M. an. Zahns. mit Betäub 1 G.-M. b. Bestellg von Gummis gratis. Rat und Munduntersuchung gratis. 3 Jahre weitgehende Garantie. Ueber 3000 Gebisse zu vollsten Zufriedenheit gefertigt.

Matv n i, Danziger Strasse 1, Ecke Schönhauser Allee.
Verzeiger 10% Rabatt.

Auf Teilzahlung!

Herren-Garderobe

Gute Qualitäten zu soliden Preisen

CAMNITZER
So 8 Trauer Allee 821,
am Untergrundh. Nordring